

Ihre Gesprächspartner:innen:

Andreas Stangl
Mag.^a Bettina Csoka

Präsident der AK Oberösterreich
AK OÖ / Abteilung Wirtschafts-,
Sozial- und Gesellschaftspolitik

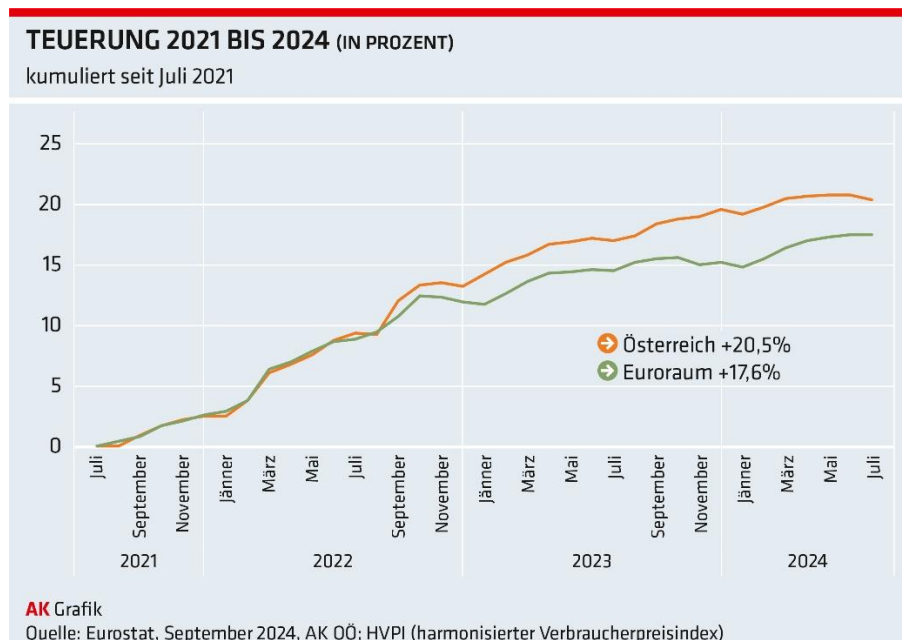
**Kaufkraftverlust bei Löhnen
und Gehältern vorerst gestoppt.
Lebenskostenkrise noch nicht überwunden.**

Pressekonferenz
Montag, 23. September, 11 Uhr
Arbeiterkammer Linz

Die energiepreis- sowie profitgetriebene Inflation und das damit einhergehende Versagen der Landes- und Bundesregierung haben Österreichs Arbeitnehmer:innen Kaufkraft geraubt. Die an der vergangenen Inflation orientierten kollektivvertraglichen Lohn- und Gehaltssteigerungen haben den Kaufkraftverlust vorerst gestoppt. In Oberösterreich ist das mittlere Einkommen mit 3.120 Euro brutto im ersten Halbjahr 2024 real um rund vier Prozent höher als im Vorjahr. Im Vergleich zu 2020 aber bleibt Oberösterreichs Arbeitnehmer:innen unterm Strich ein Kaufkraftverlust von rund einem halben Prozent. „In Zeiten eines Nachfragemangels und einer damit verbundenen schwächelnden Konjunktur müssen durch Preisbegrenzungen und kaufkraftstärkende Maßnahmen Konsum und Wirtschaft angekurbelt werden“, fordert AK-Präsident Andreas Stangl.

Inflationsmisere in Österreich teils selbstgemacht

Die energiepreisgetriebene Inflation der Vorjahre hat die Produktionskosten für Unternehmen zwar stark erhöht, die Unternehmen wurden aber selber zu Inflationstreibern. Sie haben die eigenen Verkaufspreise weit über die Rohstoff- und Energie-Verteuerung hinaus erhöht, Extra-Profite kassiert und eine Gewinn-Preis-Spirale ausgelöst.



Und die Bundesregierung hat es verabsäumt, mittels echten Preis-Deckeln für Wohnen, Energie und Grundnahrungsmittel einzugreifen. Österreichs Regierung und Unternehmen müssen sich also selber bei der Nase nehmen.

Das sind die Folgen:

- Die Inflation ist in Summe um drei Prozentpunkte höher als im Euroraum
- Die Teuerung der Energie ist um ein Fünftel höher als im Euroraum
- Der Mietkosten-Anstieg ist doppelt so hoch wie im Euroraum

ENERGIE-TEUERUNG 2021 BIS 2024 (IN PROZENT)

kumuliert seit Juli 2021



AK Grafik

Quelle: Eurostat, September 2024, AK OÖ; HVPI (harmonisierter Verbraucherpreisindex), Energie (Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe)

MIETEN-TEUERUNG 2021 BIS 2024 (IN PROZENT)

kumuliert seit Juli 2021

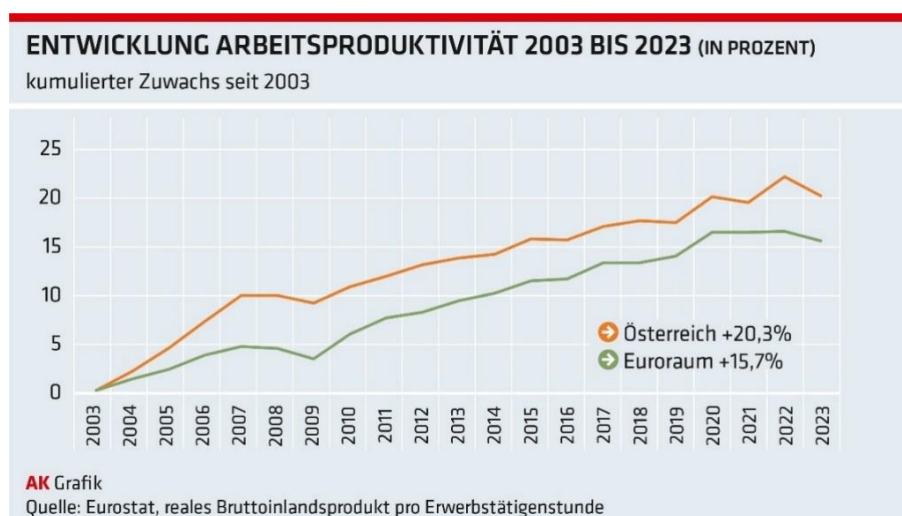


AK Grafik

Quelle: Eurostat, September 2024, AK OÖ; HVPI (harmonisierter Verbraucherpreisindex), Wohnmieten

Arbeitsproduktivität in Österreich stärker gestiegen als im Euroraum

Die aufgrund des Nachfragemangels anhaltende Konjunkturflaute führt zu sinkenden Aufträgen und zu einem Rückgang in der Produktion und der Produktivität. Doch trotz dieser und mehrerer anderer Krisen ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten (2003 bis 2023) eine Arbeitsstunde um etwa ein Fünftel ergiebiger geworden (+ 20,3 Prozent). Diese gute Produktivitätsentwicklung ist die Basis für unseren Wohlstand. Österreichs Arbeitnehmer:innen sind extrem produktiv: Der Produktivitätszuwachs ist in Österreich um fast fünf Prozentpunkte höher ausgefallen, als der Durchschnitt der Euroraum-Länder.



Lohn-Stück-Kosten als Spiegelbild der Inflation

Es stimmt, dass die Lohn-Stück-Kosten (= pro geschaffener Wertschöpfung ausgezahlter Lohn/ ausgezahltes Gehalt) in Österreich in den letzten beiden Jahren deutlich gestiegen sind. Das ist eine vorübergehende Entwicklung. Die Ursache ist die im europäischen Vergleich besonders hohe Inflation. Inflationshöchstwerte resultieren in höheren Lohn-Stück-Kosten, da sich die kollektivvertragliche Lohn- bzw. Gehaltspolitik an der Inflation des Vorjahres orientiert. Bereits ab 2025 prognostiziert das WIFO einen auf unter zwei Prozent abgeschwächten Lohn-Stück-Kosten-Zuwachs in der Industrie, was sogar leicht unterhalb des von der europäischen Zentralbank definierten Stabilitätswertes liegt.

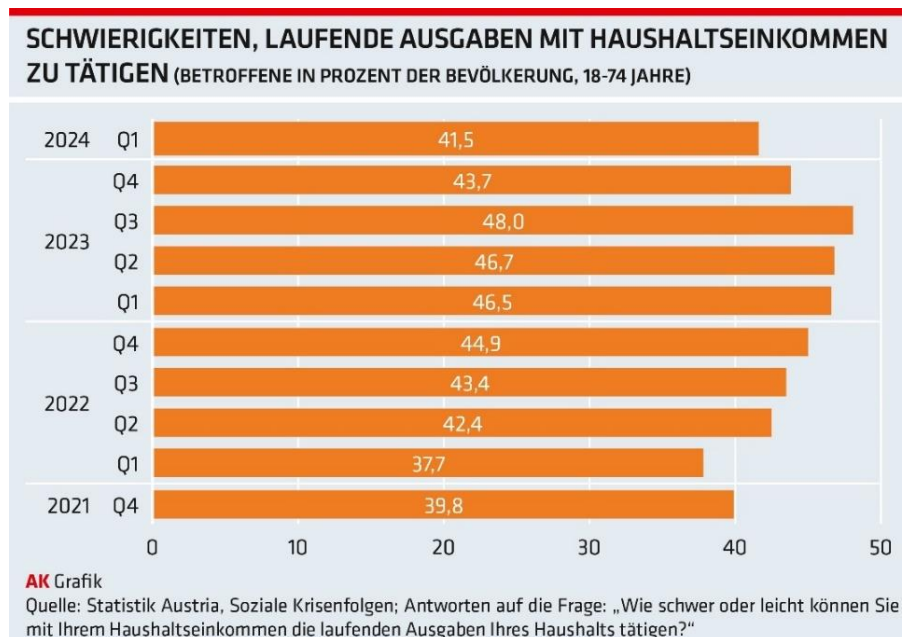
Trotz rückläufiger Inflation: Lebenskostenkrise hält an

Die aktuelle Inflation hat sich mit rund 3,8 Prozent im 1. Halbjahr 2024 deutlich verlangsamt. Doch die Höchstwerte ab 2021 haben Löhnen und Gehältern nachhaltig Kaufkraft geraubt. Die kollektivvertragliche Lohn- bzw. Gehaltspolitik orientiert sich

an der Inflation des Vorjahres plus Produktivität. Ab 2024 ist ein Stopp des Kaufkraftverlustes und eine Umkehr des inflationären Umverteilungsprozesses gelungen. Trotz Zuwächsen beim Haushaltseinkommen erleiden viele Haushalte aber noch Verluste. Und es gibt viele, denen die guten Lohn- bzw. Gehaltssteigerungen nicht zugute kommen, etwa Arbeitsuchende oder Menschen in Ausbildung.

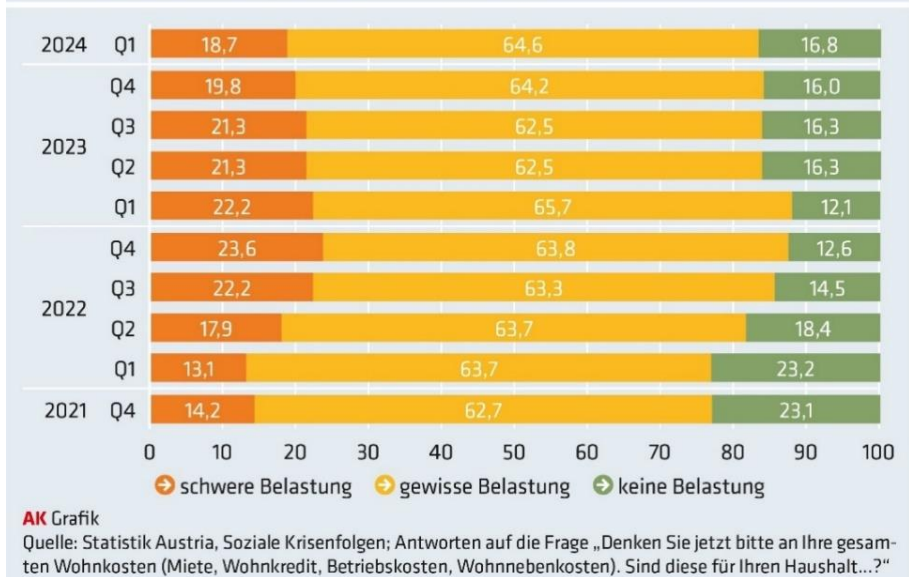
Nicht zuletzt wegen fehlender Preisdeckel bei Energie und Wohnen leiden viele unter den massiv gestiegenen Lebenskosten:

- 41,5 Prozent der Bevölkerung bzw. 2,7 Millionen Menschen haben Schwierigkeiten, mit ihrem Einkommen ihre laufenden Ausgaben zu bewältigen
- Wohnkosten sind für über 80 Prozent eine (gewisse oder schwere) Belastung
- jede:r Fünfte in Österreich ist von Einkommensverlusten betroffen



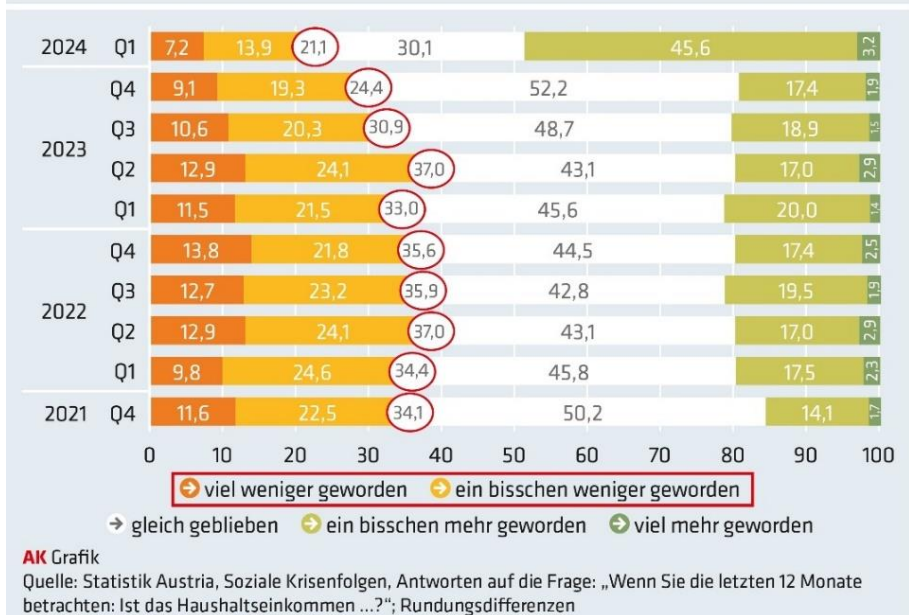
WOHNKOSTEN ALS FINANZIELLE BELASTUNG

(BETROFFENE IN PROZENT DER BEVÖLKERUNG 18 BIS 74 JAHRE)



WIE HAT SICH DAS HAUSHALTSEINKOMMEN IN DEN LETZTEN 12 MONATEN VERÄNDERT?

(BETROFFENE IN PROZENT DER BEVÖLKERUNG 18 BIS 74 JAHRE)

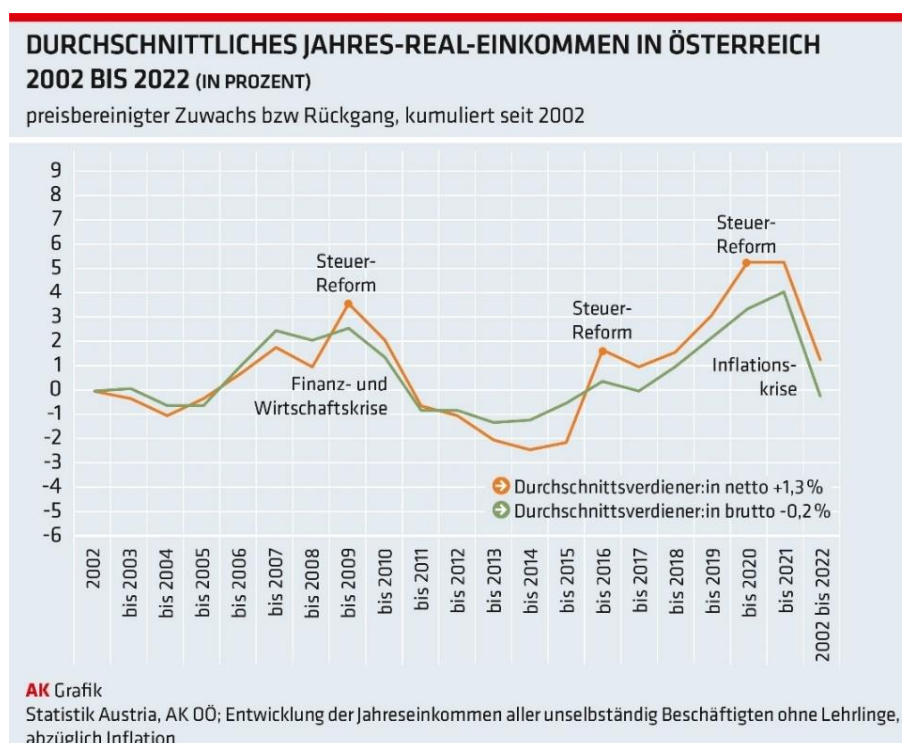


Durchschnittsverdienst in 20 Jahren netto und real um ein Prozent gestiegen

Das durchschnittliche Arbeitseinkommen ist in den letzten 20 Jahren brutto und nominell zwar um rund 55 Prozent gestiegen. Angesichts der etwa gleich hohen Inflation ist ein Durchschnittsentgelt aus unselbständiger Erwerbsarbeit aber real und brutto nur etwa gleich hoch bzw. niedrig wie vor 20 Jahren (- 0,2 %). Netto, nach Abzug von Steuern, ist die durchschnittliche Kaufkraft um magere 1,3 Prozent gestiegen. Das hat vielfältige Ursachen. Die bedeutendste sind Veränderungen in der

Beschäftigungsstruktur. Schlechter bezahlte Jobs, etwa niedrig entlohnte Teilzeit, wurden häufiger.

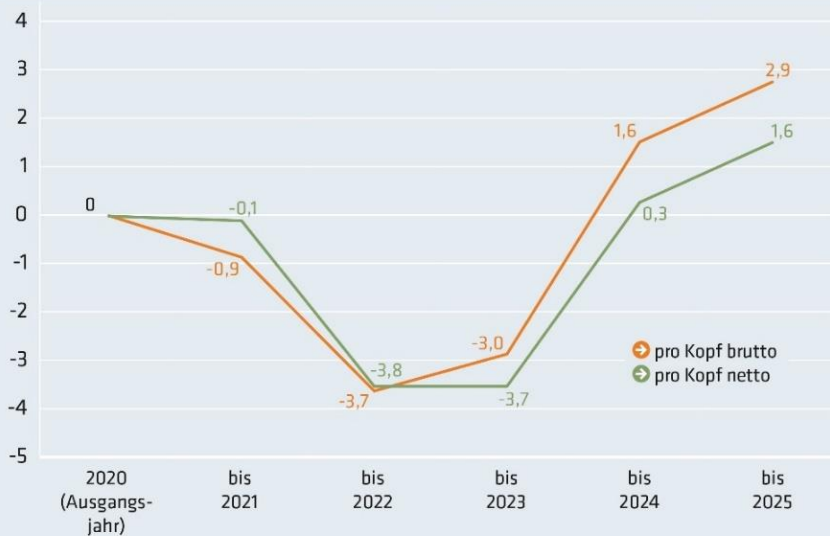
Die Einkommensverteilung ist ungleicher geworden. Das am schlechtesten verdienende Einkommensviertel hatte 2022 real sogar um 0,4 Prozent weniger als die Vergleichsgruppe 2002. Das Viertel mit den höchsten Lohn- bzw. Gehaltseinkommen verdient netto um 2,5 Prozent mehr als jenes 20 Jahre zuvor. Weder Spitzengehälter, noch Managergagen und Gewinnausschüttungen sind in dieser Statistik enthalten.



2024: Kaufkraftverlust endlich gestoppt!

Im Jahr 2024 wird es durch die „verzögerte“ Inflationsabgeltung einen Lohn- bzw. Gehaltszuwachs von real geschätzt rund 4 Prozent (WIFO, Juni 2024) geben. Damit wird das Kaufkraftniveau der Arbeitseinkommen des Jahres 2020 wieder erreicht (+1,6 Prozent real, netto kumuliert) und der teuerungsbedingte Kaufkraftverlust überwunden.

DURCHSCHNITTliche ENTWICKLUNG DER LÖHNE UND GEHÄLTER, REAL KUMULIERT (IN PROZENT)



AK Grafik

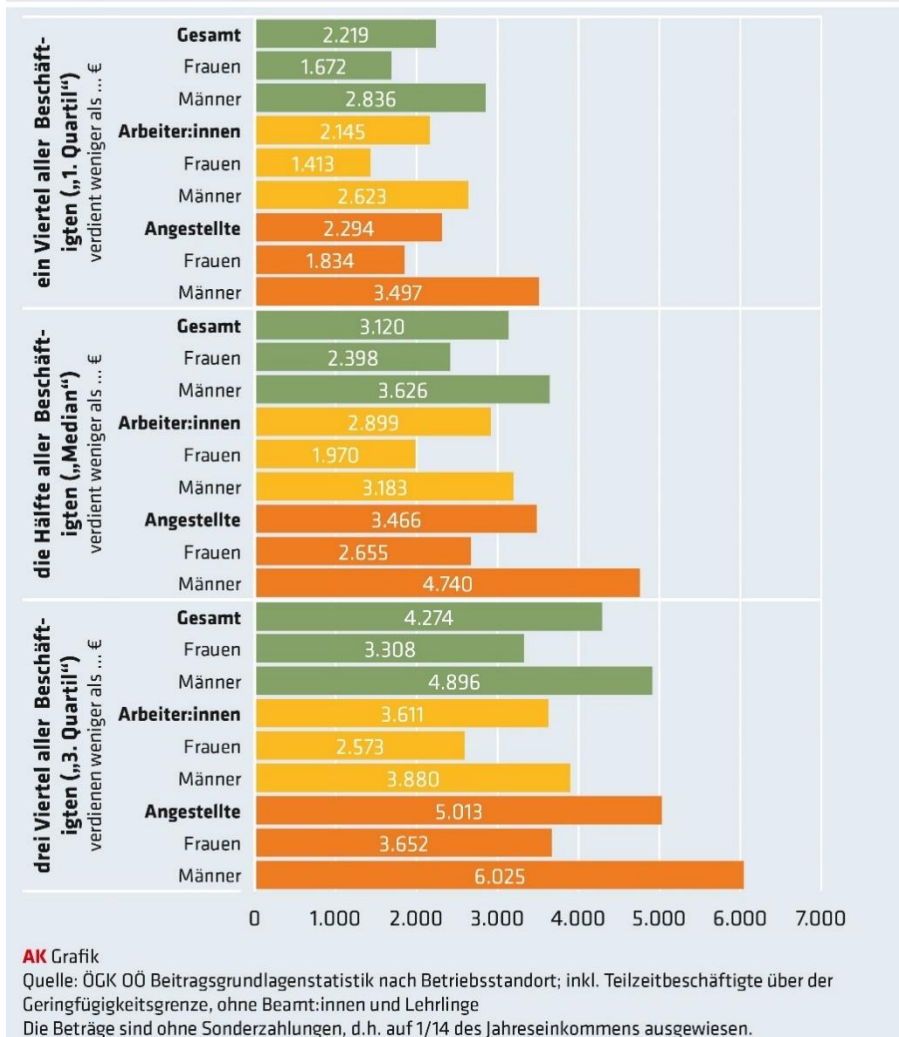
Quelle: WIFO, Juni 2024, AK OÖ, pro Beschäftigungsverhältnis

Oberösterreich: 3.120 Euro mittleres Monatsentgelt im 1. Halbjahr 2024:

Im ersten Halbjahr 2024 bezogen nur 7,1 Prozent der etwa 630.000 oberösterreichischen Arbeitnehmer:innen ein Monatsbruttoeinkommen über der Höchstbeitragsgrundlage von 6.060 Euro. Das mittlere (Median-)Einkommen in Oberösterreich betrug im ersten Halbjahr 2024 rund 3.120 Euro brutto. Männer verdienen im Median rund 3.630 Euro. Frauen mit rund 2.400 Euro um ein Drittel (34 Prozent) weniger.

Es gibt auch regionale Unterschiede: Die in Steyr-Stadt arbeitenden männlichen Angestellten erhalten mit rund 5.470 Euro die höchsten Bruttoentgelte, Arbeiterinnen in Freistadt mit brutto 1.622 Euro die niedrigsten.

MONATLICHE BRUTTOEINKOMMEN 2024 (1. HALBJAHR) IN OBERÖSTERREICH



2024: Reales Einkommensplus von 4,3 Prozent in Oberösterreich

Das oberösterreichische Median-Einkommen in Höhe von brutto 3.120 Euro im ersten Halbjahr 2024 ist dank kollektivvertraglicher Lohn- und Gehaltssteigerungen vom Jahr 2023 um kräftige rund acht Prozent höher als im Vorjahr. Aufgrund der seit Monaten abebbenden Teuerungswelle sind das unterm Strich real um rund vier Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2023. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2020 bleibt allerdings noch ein mittlerer Kaufkraftverlust von rund einem halben Prozent.

AK-Forderungen für ein leistbares Leben im Überblick:

- Kaufkraftsteigernde, produktivitätsorientierte Lohn- und Gehaltspolitik
- Preise für Mieten und Energie begrenzen
- Schieflage im Steuersystem reduzieren
- Einkommen bei Arbeitslosigkeit und Ausbildung sichern